

MBI EINKÄUFER IM MARKT

Mit Content von Dow Jones

STRATEGIEN | MÄRKTE | ROHSTOFFE

Montag, 2. Dezember 2024 | Nr. 23

D 14007

Wenn der Lieferant insolvent ist

„Bei der Herausgabe von Beistellungen ist der Eigentumsnachweis entscheidend“

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen nimmt zu. Im August 2024 meldeten die Amtsgerichte 1.764 beantragte Unternehmensinsolvenzen – 13,4 Prozent mehr als im Vorjahresmonat, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. Damit steigt auch das Risiko einer Lieferanteninsolvenz. Was tun, wenn ein wichtiger Zulieferer zahlungsunfähig ist? Insolvenzexperte **Nicolas Kreuzmann** von der Stuttgarter Anwaltskanzlei Grub Brugger erläutert im Gespräch mit MBI Einkäufer im Markt, worauf Kunden achten müssen.

Aus Kreuzmanns Sicht hängt die Risikoeinschätzung von Kunden in der Insolvenz eines Lieferanten maßgeblich davon ab, was genau eingekauft wird und wie relevant die Sicherstellung der weiteren Belieferung durch den Lieferanten für den Betrieb des Kunden ist. „Bei hoher Abhängigkeit ist es deshalb wichtig, sich aktiv mit dem Geschehen auf Ebene des Lieferanten zu befassen und die möglichen Szenarien zu bewerten. Selbst bei geringer Abhängigkeit sollte man aber prüfen, ob und wie hoch die eigenen Vorleistungen sind und

ob man nötigenfalls sein Eigentum an bereits bezahlten Waren oder beigegebenen Werkzeugen beziehungsweise Materialien nachweisen kann“, so der Anwalt.

Aus externer Sicht sei es oftmals nur schwer zu erkennen, ob ein Lieferant in finanziellen Schwierigkeiten steckt: „Meist merkt man es erst dann, wenn sich der Lieferant im fortgeschrittenen Stadium der Ertrags- oder Liquiditätskrise befindet.“ Hellhörig sollte der Kunde werden, wenn die Termintreue eines Zulieferers nachlässt oder es vermehrt zu Qua-

litätsmängeln kommt. Auch häufig wechselnde Ansprechpartner könnten ein Indiz für eine Krise sein, weiß Kreuzmann.

Wenn die Zuverlässigkeit stark nachlässt, Vorkasse oder verkürzte Zahlungsziele gefordert werden oder der Lieferant den Kunden zu Beistellungen drängt, steht die Ampel bereits auf Gelb. In der nächsten Phase fehlen dem Lieferanten die Mittel, um seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, und der Gang zum Amtsgericht wird unausweichlich.

Insolvenzverwalter will die Liquidität stabilisieren

„Der Zeitpunkt der Insolvenzantragstellung bzw. die Anordnung der vorläufigen Insolvenzverwaltung stellt eine wichtige Zäsur dar“, erläutert Kreuzmann. Denn durch das Insolvenzrecht verändere sich die Durchsetzbarkeit der vertraglichen Rechte und Pflichten. „Nach Anordnung der vorläufigen Insolvenzverwaltung wird der vorläufige Verwalter versuchen, sogenannte Anzahlungs- oder Fortführungsvereinbarungen mit den Kunden abzuschließen. Damit soll der Betrieb und besonders die Liquiditätslage im vorläufigen Insolvenzverfahren kurzfristig stabilisiert werden. Inhaltlich geht es dabei regelmäßig um kürzere Zahlungsziele, Vorauskassen, Finanzierungsbeiträge, Preisanpassungen oder feste Abnahmemengen. Darauf sollte sich der Kunde vorbereiten.“

Mehr: Seite 3



Die Zahl der Firmenpleiten ist in diesem Jahr deutlich gestiegen.
Foto: Shutterstock

Aus dem Inhalt

- Einkäuferverband** 2
BME besetzt die Spitze neu
- Datenoptimierung** 5
Kaeser nutzt KI
- Lieferkettengesetz** 7
Unternehmen gut vorbereitet
- Kunststoffe** 8
Produktion schrumpft
- Aluminium** 10
Ungenutzte Kapazitäten

BME

Müller-Raidt wird neuer Vorstandsvorsitzender



Die Delegiertenversammlung des Bundesverbands Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik (BME) hat **Martin Müller-**

Raidt zum neuen Vorstandsvorsitzenden gewählt. Müller-Raidt ist Direktor Beschaffung bei der KfW Bankengruppe und hatte zuvor das Amt des Schatzmeisters im BME-Bundesvorstand zwei Wahlperioden lang ausgeübt. Er folgt als Vorstandsvorsitzender auf **Gundula Ullah**, die für eine weitere Amtszeit nicht zur Verfügung stand, wie der BME mitteilte.

Zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden wählen die Delegierten **Christian Satzek**, Executive Vice President Global Procurement & Supply Chain, Lenze Gruppe. Satzek löst in dieser Funktion **Christian Staab** ab, der ebenfalls nicht erneut kandidierte. Das Amt des Schatzmeisters im Bundesvorstand übernimmt **Gunnar Schmidt**, Betriebsdirektor Löwenstein Medical Technology GmbH + Co. KG. (Foto: Jochen Günther/BME)

Lieferkettengesetz

Unternehmen gewinnen Zeit zur Umsetzung

Unternehmen haben mehr Zeit, um ihren Bericht nach dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) abzugeben. Wie das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) auf seiner Internetseite mitteilt, wird es erstmalig zum Stichtag 1. Januar 2026 die Einhaltung der Berichtspflichten prüfen. Spätester Zeitpunkt der Abgabe des Berichts ist nunmehr der 31. Dezember 2025. Bisherige Frist war der 31.12.2024. Die Fristverlängerung begründet das Amt mit den „Entwicklungen zur Umsetzung der unionsrechtlichen Vorgaben hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen“ (Corporate Sustainability Reporting Directive).

Der CSRD zufolge müssen große Unternehmen und börsennotierte Unternehmen (keine Kleinstunternehmen) Informationen über die Risiken, denen sie in den Bereichen Umwelt und Soziales ausgesetzt sind, und Auswirkungen ihrer Tätigkeiten auf die Menschen und die Umwelt offenlegen. Die Richtlinie hätte von Deutschland zum 6. Juli 2024 in nationales Recht umgesetzt werden müssen.

Da dies nach Einschätzung der Europäischen Kommission noch nicht vollständig geschehen ist, hat die Kommission Ende September ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet. Die neuen Vorschriften für die Nachhaltigkeitsberichterstattung gelten für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2024 beginnen.

Unionsfraktionsvize Jens Spahn (CDU) hat unterdessen der Koalition aus SPD und Grünen angeboten, noch über die Abschaffung des Lieferkettengesetzes zu einer Entscheidung im Bundestag zu kommen. „Wir haben das kürzlich beantragt, die Ampel hat abgelehnt. Wenn Herr Scholz und Herr Habeck ihre Blockade aufgeben, können wir die Aufhebung nächste Sitzungswoche beschließen“, sagte Spahn den Zeitungen der Mediengruppe Bayern. „Wir bringen es gern auf die Tagesordnung. Dann fällt es mit dem 1. Januar weg.“

E-Rechnung

BMF gibt Antworten auf häufig gestellte Fragen

Ab 1. Januar 2025 ist bei Umsätzen zwischen inländischen Unternehmen regelmäßig eine elektronische Rechnung (E Rechnung) zu verwenden. Ziel ist es, Prozesse im Rechnungswesen zu vereinfachen. Für Rechnungssteller und -empfänger ergeben sich nach Einschätzung des Bundesfinanzministeriums (BMF) erhebliche Einsparpotenziale. Bei der Einführung dieser verpflichtenden E Rechnung gelten Übergangsregelungen. Das BMF hat hierzu eine Liste zu häufig gestellten Fragen (FAQ) veröffentlicht: <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/FAQ/e-rechnung.html>.

Fachbeirat

Der Fachbeirat steht der Redaktion beratend zur Seite. Die langjährige Einkaufserfahrung seiner Mitglieder gewährleistet den Praxisbezug des „Einkäufer im Markt“. Folgende Persönlichkeiten gehören ihm an:

Tanja Dammann-Götsch, Geschäftsführerin, Dammann-Götsch-Consulting, Hanau

Erik Manning, Vice President Purchasing & Operations, MTU Friedrichshafen GmbH

Friedhelm Schlöber, Geschäftsführer, Schwank GmbH, Köln

Marc Staudenmayer, Geschäftsführer / Senior Partner, ADVYCE, München

Impressum

„Einkäufer im Markt“ erscheint 2-mal monatlich bei MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG (MBI), Sitz der Gesellschaft: Frankfurt am Main, Amtsgericht Frankfurt HRA 47673

Geschäftsführer: Martin Brückner

Verantwortlich für den Inhalt:

Armin Kalbfleisch, Tel.: +49(0)6196/93494-11
Fax: -29, Internet: www.mbi-infosource.de

Abonnenten-Service:

service@mbi-infosource.de oder
+49(0)69/2710760-11

Anzeigenverkauf:

anzeigen@mbi-infosource.de oder
+49(0)69/2710760-24

Herstellung: atrikom fulfillment GmbH, Haagweg 12, 65462 Ginsheim-Gustavsburg

Die Fachpublikationen von MBI stützen sich neben umfangreicher Eigenberichterstattung auf Dow Jones Newswires sowie weitere auch international tätige Nachrichtenagenturen. Alle Meldungen werden mit journalistischer Sorgfalt erarbeitet. Für Verzögerungen, Irrtümer und Unterlassungen wird jedoch keine Haftung übernommen. Kopien, Nachdrucke oder sonstige Vervielfältigungen nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Fortsetzung von Seite 1

„Schlimmstenfalls muss der Kunde die Ware noch einmal bezahlen“



Nicolas Kreuzmann
Foto: Grub Brugger

Wichtig zu wissen: Hat der Kunde bereits vor dem Zeitpunkt des Insolvenzantrags Zahlungen an den Lieferanten geleistet, aber noch kein Eigentum an der Ware erhalten,

hat er keinen Anspruch auf die Erfüllung nach Restzahlung. Grund: Vor der Antragstellung eingegangene Verpflichtungen stellen Insolvenzforderungen dar. „Schlimmstenfalls muss die Ware noch einmal bezahlt werden“, unterstreicht Kreuzmann. Gelingen dem Kunden jedoch der Nachweis, dass das Eigentum an der Ware schon vor dem Insolvenzantrag an ihn übergegangen ist, habe er Anspruch auf Belieferung. „Auch bei der Herausgabe von beigegebenen Werkzeugen oder Materialien ist der Eigentumsnachweis entscheidend“, betont der Anwalt.

Spätestens drei Monate nach Antragstellung wird das Insolvenzverfahren eröffnet. Ab diesem Zeitpunkt können Forderungen zur Insolvenztabelle angemeldet werden. Laut Kreuzmann fallen hierunter auch Schadensersatzansprüche, etwa aus nicht erfüllten Lieferverträgen oder Gewährleistungsansprüchen. Rechtsgrund und Forderungshöhe seien glaubhaft zu machen. Dabei sollte man aber nicht zu großen Eifer an den Tag legen: „Dokumentiert man, dass man bereits frühzeitig von den zur Insolvenz des Lieferanten führenden Umständen Kenntnis hatte, kann dies das Risiko der Insolvenzanfechtung erhöhen.“

Grundsätzlich habe der Insolvenzverwalter ein Erfüllungswahlrecht hinsichtlich noch nicht vollständig erfüllter Verträge. Das heißt, er kann die Erfüllung verlustbringender Verträge verweigern und neue Bedingungen aushandeln. „Um das Erfüllungswahl-

recht zu schützen, sind Lösungsklauseln, die dem Gläubiger ein Kündigungsrecht für den Fall der Insolvenz oder der Krise des Schuldners einräumen, regelmäßig unwirksam“, merkt Kreuzmann hierzu an.

Damit es aber gar nicht erst dazu kommt, sollte man schon im Vorfeld ein Risikomanagement betreiben, empfiehlt der Experte. Stimmt das Preis- und Mengengefüge bei meinem Lieferanten? Hat er eine überzeugende Strategie? Wie abhängig ist der Lieferant von Vorlieferanten? Habe ich im Ernstfall Alternativen? Mit welchen Kosten ist ein Lieferantenwechsel verbunden? Auf diese Fragen sollte der Einkauf Antworten haben.

Zulieferbranche „extrem stückzahlgetrieben“

Nach Einschätzung von **Friedhelm Schlöber** ist das Insolvenzrisiko vor allem in der Autoindustrie derzeit „äußerst virulent“. „Die Hersteller fahren ihre Produktion zurück und darunter leiden die Zulieferunternehmen“, sagt der Geschäftsführer des Heiztechnikspezialisten Schwank. Schlöber hat in seiner Zeit als Einkaufsleiter bei Vaillant und Buderus selbst Erfahrungen mit Automobilzulieferern gemacht – nicht nur gute. Die Branche sei „extrem stückzahlgetrieben“.

Anderen Branchen gehe es momentan zwar auch nicht gut, aber dort sei die Investitionsbereitschaft im Prinzip vorhanden, so Schlöber. In der Automobilindustrie dagegen hätten Verlagerungen in großem Stil stattgefunden und es sei kein Licht am Ende des Tunnels zu erkennen. In der Heizungsindustrie beobachtet Schlöber Umsatzrückgänge zwischen 35 und 40 Prozent. „Die Unternehmen halten sich mit Investitionen zurück, weil sie nicht wissen, wie die Spielregeln künftig aussehen werden. Ich bin jedoch zuversichtlich, dass es wieder aufwärts gehen wird.“

Mark Krieger

Automobilindustrie

Warnung vor Abwanderung der Zulieferer

Die deutsche Automobilindustrie hat vor einer zunehmenden Abwanderung ihrer Zuliefererbetriebe ins Ausland gewarnt. Die Unternehmen seien mit ihren Produkten international wettbewerbsfähig, „der Standort ist es für viele Unternehmen aktuell nicht“, sagte die Präsidentin des Verbands der Automobilindustrie (VDA), Hildegard Müller, der „Augsburger Allgemeinen“.

„Wenn die politische Kurskorrektur ausbleibt, werden die für die Transformation der Automobilindustrie notwendigen Investitionen zunehmend nicht mehr in Deutschland und Europa getätigt werden, sondern woanders“, warnte Müller.

Viele Firmen berichteten außerdem von Problemen, an Bankkredite zu kommen, um ihre Geschäftsmodelle und Produkte auf Elektromobilität auszurichten, sagte die VDA-Chefin der Zeitung weiter. Die neue Bundesregierung müsse deshalb rasch die notwendigen Reformen angehen, um die Wettbewerbsfähigkeit der Branche zu stärken.

Eines der von diesen Problemen stark betroffenen Unternehmen ist der Autozulieferer Bosch – er plant mit einem weltweiten Abbau von rund 5550 Stellen in den kommenden Jahren, wie vergangene Woche bekannt wurde. Gründe seien die schwierige Lage der Autoindustrie bei zugleich hohem Investitionsbedarf für die Antriebswende und neue Technologien. Mit einer ähnlich klingenden Begründung hat der Zuliefererkonzern Schaeffler den Abbau von 4700 Jobs angekündigt.

Auch der französische Automobilzulieferer Valeo reduziert die Belegschaft. Das Unternehmen plant den Abbau von knapp 1.000 Arbeitsplätzen, davon 870 an acht französischen Standorten und rund 200 Stellen an Standorten in Polen, Deutschland und Tschechien. Der Stellenabbau konzentriert sich auf Managementfunktionen und werde keine produktionsbezogenen Positionen betreffen, sagte ein Sprecher des Unternehmens.

Straßengüterverkehr

Klagen über Fahrermangel und hohe Kosten

Aufgrund eines hohen Mangels an Lkw-Fahrern drohen nach Einschätzung des Bundesverbandes Güterkraftverkehr Logistik Entsorgung (BGL) Lieferengpässe im Advent und zur Weihnachtszeit. Derzeit fehlten bundesweit rund 100.000 Lkw-Fahrer, sagte Verbandspräsident Dirk Engelhardt zur „Bild“-Zeitung. Laut dem BGL-Vorstandssprecher wird sich an der Situation vorerst nichts ändern. „Jedes Jahr verlieren wir weitere 15.000 Fahrer“, sagte Engelhardt. Demnach gehen mehr als 30.000 Lkw-Fahrer in Rente, aber nur 15.000 bis 17.000 Berufsanfänger rücken nach.



Spediteure klagen über einen wachsenden Mangel an Lkw-Fahrern.
Foto: Krone

Ein weiteres Problem sei die Insolvenz von Speditionen und Transportunternehmen. Die Zahl erhöhte sich in diesem Jahr um zwölf Prozent im Vergleich zu 2023. Der Politik gibt Engelhardt daran eine Mitschuld. „Wir zahlen 84 Prozent mehr Maut als noch vor einem Jahr“, sagte er. Engelhardt zufolge zahlten deutsche Speditionen in diesem Jahr 15 Milliarden Euro Maut, davon 7,6 Milliarden Euro CO₂-Maut. Die Gewinnmargen seiner Branche lägen aktuell bei 0,1 bis 1,5 Prozent.

Auch der europäische Spediteursverband ELVIS klagt über steigende Kosten. Laut einer eigenen, nicht repräsentativen Umfrage legten deutsche Frachtführer derzeit 10,3 Cent pro Kilometer im reinen Lkw-Verkehr drauf, heißt es in einer Mitteilung. „Die aktuelle Preissituation ist ein Damok-

lesschwert für die Speditionen. Ohne eine Anpassung der Preise drohen Insolvenzen – und damit eine weitere Verknappung des Laderaums“, sagte Nikolja Grabowski, Vorstand von ELVIS. Seit Monaten reduzierten Unternehmen aufgrund hoher Kosten ihren Laderaum, wodurch Expertenschätzungen zufolge die Fuhrparks in Deutschland um fünf bis zehn Prozent geschrumpft seien.

Allein der Blick auf den Handel Sorge derzeit für einen Hoffnungs-schimmer, so der Verbund, der nach eigenen Angaben die Interessen von über 250 Partnerunternehmen in Europa vertritt. Insbesondere das starke Wachstum im Internet- und Versandhandel Sorge für Zuversicht. Dagegen verzeichneten die großen industriellen Kundenbranchen Automobil und Chemie deutliche Rückgänge, konstatiert ELVIS.

Seefracht

Container-Raten weiter auf erhöhtem Niveau

Die Frachtraten in der Containerschifffahrt sind zwar von ihren diesjährigen Höchstständen im Sommer zurückgekommen. Das Preisniveau liegt aber immer noch deutlich über dem Vorjahresstand. So notierte der globale Sammelindex (WCI) von Drewry für einen 40-Fuß-Container Mitte November bei 3.440 US-Dollar, während es vor einem Jahr 1.469 Dollar waren.

Zu Beginn des Jahres 2024 waren die Container-Transportraten in die Höhe geschossen, nachdem die Houthi-Miliz im Jemen Frachtschiffe im Roten Meer beschossen hatte und infolgedessen die Fahrt durch den Suezkanal gesperrt war. Im Juli hatte der WCI einen Jahreshöchststand bei knapp 6.000 Dollar erreicht, war seitdem aber zurückgegangen. Zum einen haben sich die Container-Reedereien auf den Umweg um das Kap der guten Hoffnung eingestellt. Außerdem trägt das schwache Wirtschaftswachstum in China dazu bei, dass die Frachtraten gedämpft bleiben.

Die Schifffahrtsgesellschaften werden nach Einschätzung von S&P Glo-

bal Ratings aufgrund der gestiegenen Transportpreise Gewinnzuwächse verbuchen. „Die Erträge von Maersk, CMA CGM und Hapag-Lloyd werden unsere ursprünglichen Erwartungen für 2024 übertreffen“, schreibt Analystin Izabela Listowska in einem aktuellen Bericht. Sie rechnet damit, dass auch im kommenden Jahr neue Container-Tonnage in beträchtlichem Umfang auf den Markt kommen wird. Die Seefrachtraten dürften sich deshalb abschwächen, so Listowska.

Containerumschlag

Erneuter Dämpfer im Oktober

Beim Containerumschlag ist ein erneuter Rückgang zu verzeichnen. Der Containerumschlag-Index des RWI - Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung und des Instituts für Seeverkehrswirtschaft und Logistik (ISL) ist nach der aktuellen Schnellschätzung im Oktober leicht auf saisonbereinigt 131,7 Punkte gegenüber dem Vormonatswert von 132,3 Punkten zurückgegangen. Insbesondere in den chinesischen Häfen ist der Containerumschlag gesunken. In den europäischen Häfen hat der Containerumschlag dagegen deutlich zugenommen. In den übrigen Weltregionen war er leicht aufwärts gerichtet.

In den chinesischen Häfen ist der Containerumschlag den Daten zufolge kräftig von 145,5 Punkten im Vormonat auf 143,1 Punkte im Oktober zurückgegangen. Der Nordrange-Index, der Hinweise auf die wirtschaftliche Entwicklung im nördlichen Europa und in Deutschland gibt, ist hingegen im Oktober gegenüber dem Vormonat von 111,6 (revidiert) auf 113,4 Punkte kräftig gestiegen, so das RWI.

„Nach dem deutlichen Anstieg des Containerumschlags der vergangenen zwei Jahre zeichnet sich nun eine Verlangsamung ab. Der kräftige Rückgang in China deutet darauf hin, dass die konjunkturelle Schwäche auch den Außenhandel erfasst. Die europäischen Häfen sind dagegen weiter auf Erholungskurs“, sagte RWI-Konjunkturchef Torsten Schmidt.

Umfrage

Viele Unternehmen haben das Potenzial von KI noch nicht erkannt

Künstliche Intelligenz (KI) ist in vielen Unternehmen noch nicht angekommen. Das ist das Ergebnis einer Umfrage des Bundesverbandes Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik (BME) und des Beratungsunternehmens ERA (Expense Reduction Analysts). Demnach wird KI nur bei 23 Prozent im Einkauf, bei 15 Prozent in der Supply Chain, bei neun Prozent in der Produktion und jeweils zu sieben Prozent in Produktentwicklung und Finanzen eingesetzt. Befragt wurden 155 Unternehmen in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Die Teilnehmer kamen hauptsächlich aus der Industrie, zu geringeren Teilen aus dem Baugewerbe und dem Dienstleistungssektor. Der Großteil der befragten Unternehmen hatte eine Größe von 100 bis 2.000 Beschäftigten.

Marketing und HR weit vorn

Früheren Studien zufolge liegt der Verbreitungsgrad von KI im Marketing und Personalbereich bei 83 bzw. 41 Prozent. Der in der aktuellen Umfrage festgestellte „geringe Nutzungsgrad ist überraschend, da die Unternehmen mit KI insbesondere den Fachkräftemangel ausgleichen könnten. Auch sehen die Unternehmen noch nicht vollumfänglich das Potenzial, mithilfe von KI Risiken besser monitoren zu können“, sagt Matthias Dros-

te, der bei ERA für die deutschsprachigen Länder verantwortlich ist, laut einer Mitteilung des BME. So nutzen nur sieben Prozent KI für die Planung ihrer Transportrouten und nur acht Prozent für die Risikobewertung von Lieferketten. Auch bei der vorausschauenden Wartung von Maschinen gäbe es großen Nachholbedarf.

Initiative geht meist von den Mitarbeitern aus

Den Grund für diese Zurückhaltung sehen ERA und BME in dem Fehlen einer Strategie für den Einsatz künstlicher Intelligenz. Da überrascht es nicht, dass in den befragten Unternehmen KI von unten getrieben wird. „Das Top-Management scheint bislang das Themenfeld im Gegensatz zu den Mitarbeitern weder zu besetzen noch klare Ziele und Maßnahmen zu formulieren oder die notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen“, erklärt Droste.

Mit KI verbinden die Unternehmen laut Umfrage eher Ziele wie Prozessoptimierung und Kostensenkung, aber nicht die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle oder Umsatzsteigerungen. Nur wenige sahen die disruptive Kraft von KI und die Chance, die Wettbewerbsfähigkeit ihres Unternehmens zu steigern. „Vielerorts scheint bisher nach dem Prinzip Trial-and-Error gearbeitet zu werden“, sagt BME-Vertriebschef Roland Knoor.

Die Mehrheit verzichtet im Einkauf auf KI

Fast zwei Drittel (64 Prozent) kommen im Einkauf ohne künstliche Intelligenz aus. In den Einkaufsabteilungen, die mit KI arbeiten, wird diese Technologie am häufigsten zur Lieferantenbewertung genutzt. Früherkennung von Risiken in den Lieferketten und Bedarfsprognosen spielen kaum eine Rolle.

kri

Datenoptimierung bei Kaeser

„Die Zukunft wird datengesteuert sein“

Kaeser Kompressoren hat seine Stammdaten mit Hilfe einer KI-Lösung optimiert. Ausgangspunkt war die schlechte Qualität der Daten, wie Falko Lameter, der bei dem Coburger Druckluftspezialisten für die IT verantwortlich ist, laut einem SAP-Anwenderbericht sagt. Im Jahr 2020 fiel demnach der Startschuss für eine neue, auf drei Jahre ausgelegte Datenstrategie. Gemeinsam mit SAP wollte Kaeser die Datenqualität verbessern und seine Kerngeschäftsprozesse optimieren.

Im ersten Schritt befasste sich das Team mit Stammdaten, wie es weiter heißt. „Wir haben beispielsweise eine sechsstellige Zahl von Lieferanten im System, von denen mindestens zwei Drittel gar nicht mehr aktuell sind“, erklärt Lameter laut SAP. Eine manuelle Pflege dieser Daten hätte einen unverhältnismäßig hohen Aufwand verursacht – viele Unternehmen würden Datenprojekte dieser Größenordnung daher gar nicht erst anpacken.

Da gleichzeitig das Thema künstliche Intelligenz in Unternehmen auf dem Vormarsch war, habe das Team KI in die Datenstrategie integriert. Das Resultat war „Predicting Inactive Suppliers“, ein benutzerdefinierter KI-Anwendungsfall, der auf einem SAP AI Service (Data Attribute Recommendation) und SAP Analytics Cloud basiert. Damit konnte Kaeser die Datenpflege zu über 80 Prozent automatisieren, die Datengenauigkeit erhöhen und eine signifikante Produktivitätssteigerung erzielen, heißt es.

Diese Daten können nach Lameters Überzeugung nicht mehr manuell gepflegt werden, „das geht eigentlich nur mit KI“. „Die Zeit für KI ist gekommen und ich bin überzeugt, die Zukunft wird datengesteuert sein.“

kri



Beobachter sind skeptisch

Tschechien will zu den Top 10 der EU gehören

Bei der Wirtschaftsleistung pro Kopf will Tschechien bis 2040 in die Top 10 der EU aufrücken. Beobachter sehen die neue Strategie der Regierung allerdings kritisch. Deutschlands Nachbarland startet einen weiteren Versuch, den wirtschaftlichen Aufholprozess gegenüber den westlichen EU-Mitgliedern zu beschleunigen. Schon im Herbst 2023 hatte Premierminister Petr Fiala eine Zukunftsvision und einen „Neustart“ präsentiert. Seitdem hat sich allerdings wenig getan. Im Gegenteil: Die Wirtschaftskrise verschärft sich, Investoren machen immer häufiger einen Bogen um den Standort und die Aussichten trüben sich ein. Das Finanzministerium korrigierte die Konjunkturprognose im August 2024 nach unten. Statt 1,4 Prozent Wachstum beim Bruttoinlandsprodukt (BIP) erwartet die Behörde jetzt nur noch ein Plus von 1,1 Prozent für 2024. Die Bruttoanlageinvestitionen werden dieses Jahr sogar schrumpfen.

Tschechiens neuer Industrieminister Lukas Vlcek hat deshalb bei seinem Amtsantritt im Oktober 2024 eine weitere Strategie vorgestellt, die darauf abzielt, die Wirtschaft zu transformieren und eine höhere Wertschöpfung zu erzielen. Bis 2040 soll Tschechien zu den zehn führenden EU-Ländern beim BIP pro Kopf gehören. Im Interview mit der Tageszeitung *Hospodarske noviny* verwies Vlcek darauf, dass sich das tschechische Wirtschaftsmodell erschöpft habe. Für mehr Wertschöpfung brauche es mehr Investitionen in das Humankapital und in die Infrastruktur. Tschechien sollte die Chancen der globalen grünen Transformation nutzen, sagte der Industrieminister.

Regierung setzt auf Produktion von Hightech-Gütern

Laut der neuen Wirtschaftsstrategie gehören Automotive und saubere Mobilität, Halbleiter und Chipproduktion, saubere und nachhaltige Technologien sowie digitale Technologien zu den wichtigsten Zukunftsbranchen des Landes. So will Tschechien beispielsweise ein wichtiger Technologielieferant für Mikrochips und Batterien für die Pkw-Produktion werden. Zudem fördert die Regierung in Prag stärker die Entwicklung von Hochleis-

tungselektronik und Mikrochips. Darüber hinaus wird in erneuerbare Energien, Speicher, Wasserstoff sowie Kernenergie investiert. Bei der Digitalisierung will das Land den Anschluss an künstliche Intelligenz, Big Data, Robotik und Cybersicherheit nicht verpassen.

Wo soll das Geld für die neue Strategie herkommen?

Fachleute in Tschechien kritisieren jedoch, dass die Strategie nur wenig Neues enthalte. Mehr Bildung und Forschung, weniger Bürokratie und Modernisierung der Infrastruktur hatten sich schon die Vorgängerregierungen auf ihre Fahnen geschrieben. Die Umsetzung der Strategie koste viel Geld und kollidiere mit den Sparbemühungen des Finanzministers. Der Anteil der Forschungsausgaben am BIP stagniert seit fünf Jahren.

Die Deutsch-Tschechische Industrie- und Handelskammer (AHK Tschechien) in Prag vermisst „einen konkreten Weg, der zum Ziel eines höheren Mehrwerts führt“. Der geschäftsführende Vorstand Bernard Bauer fragt: „Wer soll tschechische Hightech-Produkte in Zukunft kaufen?“ Der Blick müsse sich also nicht nur nach innen auf Strukturreformen richten, sondern auch auf neue Zielmärkte.

Bauer sieht die Situation für Exportnationen wie Tschechien und Deutschland sehr ernst. „Es ist richtig, Staat und Wirtschaft müssen jetzt massiv in angewandte Forschung, Entwicklung und Innovation investieren, aber auch ganz klar den Fokus auf die Technologien setzen, die in Exportmärkten der Zukunft gebraucht werden“, meint der Geschäftsführer der Auslandshandelskammer. „Für die tschechische Wirtschaft mit ihren sehr gut ausgebildeten Fachleuten im MINT-Bereich, ihren Top-Ingenieuren und IT-Experten, liegt darin eine einzigartige Chance.“

Wie sehr Tschechiens Wirtschaftsmodell bedroht ist, zeigte Anfang Oktober 2024 eine Studie des Internationalen Währungsfonds IMF. Die Autoren sprechen von einem „Elektroautoschock“ für das Land. Das BIP werde in den nächsten fünf Jahren um 1,5 Prozent schrumpfen, da die Nachfrage nach lokal produzierten Komponenten für Autos mit Verbrennungsmotoren sinkt.

Zugleich werden chinesische Hersteller den Marktanteil tschechischer Autohersteller nach unten drücken, heißt es in der Analyse. Die Verlagerung der Produktion könnte zu erheblichen Arbeitsplatzverlusten in der Automobilindustrie führen, was soziale und wirtschaftliche Herausforderungen mit sich bringt. Die IMF-Experten schlagen vor, mehr ausländische Direktinvestitionen im Bereich Elektromobilität zu fördern, auch aus China. Tschechien und weitere betroffene Länder wie Ungarn und die Slowakei sollten in Innovationen investieren und Arbeitskräfte umschulen.

Steinige Aufholjagd

Beim BIP pro Kopf zu jeweiligen Preisen liegt Tschechien derzeit auf Platz 16 in Europa. Gerechnet nach Kaufkraftparitäten belegt das Land Rang 14. Das ist die beste Platzierung aller EU-Mitglieder in Mitteleuropa. Doch selbst bei dieser Kennziffer müsste die tschechische Wirtschaftsleistung je Einwohner um 15 Prozent zulegen, um das bislang zehntplatzierte Finnland einzuholen.

Gerit Schulze (GTAI)

LkSG-Jahresbericht des BAFA

„Die Unternehmen waren gut vorbereitet“

Das BAFA hat 2023 insgesamt 492 Prüfungen im Zusammenhang mit dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) durchgeführt. Davon wurden 180 bis zum 31.12.2023 abgeschlossen und 312 Prüfverfahren waren bis zum Stichtag noch unerledigt, wie das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle in seinem Rechenschaftsbericht 2023 zum LkSG informiert. Das BAFA mit Hauptsitz in Eschborn ist die oberste Aufsichtsbehörde für das Gesetz, das seit Januar 2023 in Kraft ist.

Im Berichtsjahr hat die Behörde insgesamt 406 Kontrollen „nach dem risikobasierten Ansatz“ durchgeführt. Dabei wird geprüft, ob grundlegende Sorgfaltspflichten erfüllt sind, etwa die Festlegung, wer im Unternehmen für die Überwachung des Risikomanagements zuständig ist oder ob ein wirksames Beschwerdeverfahren eingerichtet wurde. Laut BAFA wurden 159 Prüfungen im Berichtszeitraum abgeschlossen.

Das Ergebnis sei positiv: Es könne „eindeutig festgehalten werden, dass die meisten Unternehmen gut oder sehr gut auf die Umsetzung [der] Sorgfaltspflichten nach dem LkSG vorbereitet waren“, so die Behörde. Außerdem seien bereits positive Veränderungen festgestellt worden, die auf die Kontrollen des BAFA zurückzuführen waren. Beispielsweise wurden schon auf der Unternehmens-Homepage direkte Links zum Beschwerdeverfahren hinterlegt, um die Zugänglichkeit zu erhöhen.

BAFA legt Schwerpunkt auf Beschwerdeverfahren

Überhaupt war das Beschwerdeverfahren ein Schwerpunkt bei den Nachfragen des BAFA. Eine häufig wiederkehrende Frage war die Einbindung potenzieller Nutzer. Darüber hinaus forderte das Amt regelmäßig Nachweise zur betriebsinternen Festlegung und Sicherstellung von Verschwiegenheit, Unabhängigkeit und Weisungsfreiheit der mit dem

Beschwerdeverfahren betrauten Personen.

Dem Jahresbericht zufolge waren 86 Prüfungen „anlassbezogen“. Mit anderen Worten, die Behörde reagierte „auf konkrete Anhaltspunkte für mögliche Verstöße gegen die geschützten Rechtspositionen des LkSG“, wie es das BAFA formuliert. Oftmals sind es Presseberichte, die das Amt zu Kontrollen veranlasst. Prominentestes Beispiel im Berichtsjahr 2023 waren die wiederholten Streiks von Lkw-Fahrern im hessischen Gräfenhausen. Die Fahrer forderten ausstehende Löhne ihres polnischen Arbeitgebers ein. Auch Presseberichte über Menschenrechtsverletzungen in der chinesischen Provinz Xinjiang nahm die Behörde zum Anlass, um Unternehmen verschiedener Branchen zu prüfen.

Im Berichtsjahr gingen beim BAFA 30 Beschwerden ein. Weil in einigen Beschwerden jeweils mehrere Unternehmen benannt waren, ergaben sich hieraus insgesamt 40 Vorgänge. Davon betrafen 20 Vorgänge Unternehmen, die nicht LkSG-pflichtig waren bzw. Sachverhalte, die keinen Bezug zu einem durch das Gesetz geschützten Rechtsgut aufwiesen.

Begründung für verkürzte Berichtspflicht oft mangelhaft

Im Berichtsjahr wurden 53 Berichte eingereicht. Da die Berichtspflicht erst seit 2024 gilt, waren die eingereichten Berichte freiwillig. Dabei wurde in 30 Fällen die verkürzte Berichtspflicht genutzt. Das ist möglich, wenn ein Unternehmen kein menschenrechtliches oder umweltbezogenes Risiko und keine Verletzung einer menschenrechts- oder umweltbezogenen Pflicht im Berichtszeitraum feststellt. Das muss aber plausibel dargelegt werden, was oft nicht der Fall war: Die erforderliche „nachvollziehbare Erläuterung“ wurde laut BAFA „von den meisten Unternehmen entweder gar nicht oder nur unzureichend erbracht“.

kri

Nachhaltige Verpackungen

Dr. Weigert erhält Preis von EKO-PUNKT

EKO-PUNKT hat einen Preis für nachhaltiges Verpackungsmangement ins Leben gerufen. Mit dem „EKO-PUNKT Top Packaging Award“ werden Unternehmen ausgezeichnet, die ihre Verpackungen auf den Prüfstand gestellt, Materialzusammensetzungen optimiert, Recyclingfähigkeiten gesteigert oder übermäßiges Verpackungsmaterial reduziert haben und damit ein Vorbild für andere Unternehmen sind, wie es in einer Unternehmensmitteilung heißt. EKO-PUNKT ist das Duale System von Remondis.

Erster Preisträger ist die Chemische Fabrik Dr. Weigert GmbH & Co. KG aus Hamburg. Das Unternehmen entwickelt und produziert Systemlösungen für Reinigung und Desinfektion in Labor- und Medizintechnik, Großküchen, Pharma-, Kosmetik- und Lebensmittelindustrie. Das Unternehmen hat nach Angaben von EKO-PUNKT die Verpackungen sämtlicher Produkte über das gesamte Markenportfolio hinweg im Verpackungslabor von EKO-PUNKT analysieren und hinsichtlich Recyclingfähigkeit bewerten lassen.

„Wir haben es uns zum Ziel gesetzt, den Verpackungskreislauf so weit wie möglich zu schließen“, sagt **Martin Kern**, Einkaufsleiter bei Dr. Weigert, laut Mitteilung. „Die Überprüfung sämtlicher Verpackungen war ein erster wichtiger Schritt, um uns einen Überblick zu verschaffen, wo wir aktuell stehen und an welchen Stellen wir noch nachbessern können. Auf Basis der Analyse-Ergebnisse konnten wir konkrete Maßnahmen definieren, die wir anschließend priorisiert haben und nun Schritt für Schritt umsetzen werden.“

Der EKO-PUNKT Top Packaging Award soll künftig einmal jährlich vergeben werden.

<https://www.drweigert.com/de/>
<https://www.eko-punkt.de/>

Wachstum bei Rezyklaten

Produktion und Verarbeitung von Kunststoffen in Deutschland gehen zurück

In Deutschland werden weniger Kunststoffe hergestellt, verarbeitet und recycelt: Das geht aus der aktuellen Studie „Stoffstrombild Kunststoffe“ hervor (Download: <https://t1p.de/14dan>). Demnach ist die Produktion von Kunststoffen (basierend auf fossilen Rohstoffen) im Jahr 2023 im Vergleich zu 2021 um 17,6 Prozent auf 8,82 Millionen Tonnen zurückgegangen. Die Gründe dafür waren unter anderem die Verlagerung von Produktionskapazitäten ins Ausland, eine niedrigere Nachfrage aus den Kundenindustrien und rückläufige Exportmengen.

Die Studie wird alle zwei Jahre von dem Marktforschungsunternehmen Conversio im Auftrag der BKV GmbH erstellt. Unterstützt wird das Stoffstrombild von Plastics Europe Deutschland und einer Reihe von Verbänden der Kunststoff- und Recyclingindustrien sowie vom Chemieverband VCI und der IG Bergbau, Chemie, Energie (BCE).

Starke Rückgänge bei Polystyrol und PVC

Besonders stark fielen die Produktionsmengen im beobachteten Zeitraum bei Polystyrol (PS) und Polystyrol-Schaumstoff (PS-E) mit minus 30,9 Prozent. Auch PVC (-23,6 Prozent) und Polyethylen (-18,4 Prozent) wiesen überdurchschnittliche Rückgänge auf.

Die im Jahr 2023 verarbeitete Gesamtmenge belief sich auf rund 12,85 Millionen Tonnen, was einem Rückgang gegenüber 2021 um 8,5 Pro-

zent entspricht. Dagegen hat der Einsatz von recycelten Kunststoffen zwischen 2021 und 2023 jährlich um 8,2 Prozent zugenommen. Während der Anteil von Rezyklat aus Post-Industrial-Abfällen an der gesamten Verarbeitung nur leicht auf drei Prozent gestiegen ist, legten Post-Consumer-Rezyklate deutlicher auf zwölf (9,1 in 2021) Prozent zu. Zusammen mit wiederverwendeten Nebenprodukten kommen die Recyclingmengen auf einen Verarbeitungsanteil von 18,9 (16,3) Prozent. Kunststoffe aus fossilen Quellen gingen etwas zurück, sind mit 81 Prozent aber nach wie vor dominant.

Laut Plastics Europe Deutschland unterstreichen die Zahlen die wachsende Bedeutung der Kreislaufwirtschaft für die Kunststoffindustrie. Dennoch blieben große Potenziale ungenutzt: „So ist der Anteil der Kunststoffe, die energetisch verwertet werden, mit 3,6 Millionen Tonnen im Jahr 2023 immer noch zu hoch.“

Die deutsche Kunststoffindustrie stecke in der Krise, resümiert Plastics Europe. Steigende Energie- und Produktionskosten, häufige Änderungen der politischen Zielvorgaben sowie steigende Bürokratielasten verhinderten oftmals dringend erforderliche Investitionen in die Modernisierung und den Ausbau von Anlagen.

Wie Plastics Europe separat mitteilte, ist die Menge des Recycling-Plastiks in Europa im Vorjahr erstmals überhaupt gesunken. Grund sei der stark gestiegene Import des Plastik-Vorprodukts Kunststoffharz und von Fertigprodukten aus Regionen mit weniger strengen Umweltstandards, auch aufgrund von Überkapazitäten. Die europäische Industrie könne wegen hoher Energie- und Rohstoffpreise nicht mithalten.

Laut Plastics Europe ging die Menge des aus Abfällen recycelten Plastiks 2023 um 7,8 Prozent im Vorjahresvergleich auf 7,1 Millionen Tonnen zurück. Die Menge an neu produziertem Kunststoff sank demnach um 8,3 Prozent auf 54 Millionen Tonnen.

kri

Verpackungsverordnung EU-Parlament nimmt PPWR an

Das Europäische Parlament hat Ende November die EU-Verpackungsverordnung (PPWR) angenommen. Aus Zeitgründen wurde die Verordnung stillschweigend verabschiedet, wie der Fachdienst EUWID Recycling und Entsorgung berichtet. Stimmt auch der Rat der Verordnung zu, kann diese voraussichtlich Anfang 2025 in Kraft treten. Der Verband der europäischen Kunststoffherzeuger, Plastics Europe, begrüßte die Annahme der PPWR durch das Parlament. „Die Verordnung ist ein wichtiger Schritt, um das europäische Kunststoffsystem kreislauffähiger und klimafreundlicher zu machen“, sagte Virginia Janssens, Geschäftsführerin von Plastics Europe.

kri

Kunststoffe in Deutschland (in Mio t)

	2023	2021	Veränderung in %
Produktion	8,82	10,7	-17,6
Verarbeitung (insgesamt)	12,85	14,04	-8,5
Auf fossilen Rohstoffen basierend	10,42	11,75	-11,3
Einsatz von Rezyklat	1,93	1,65	14,5
Verbrauch	11,25	12,36	-9

Quelle: Conversion Market & Strategy GmbH

Die Akteure im Stahl-Handelskrieg machen ernst China exportiert Stahl in Rekordhöhe, doch der Rest der Welt schlägt zurück

Chinas industrielle Überkapazitäten waren bereits vor der Wahl von Donald Trump zum neuen US-Präsidenten ein globales Thema. Trumps Ankündigung, zusätzliche Zölle in Höhe von zehn Prozent auf alle Produkte zu erheben, die aus China in die USA kommen, wird das Problem aus Sicht von Experten weiter verschärfen. Das Thema Stahl eignet sich in besonderem Maße, um die Problematik zu veranschaulichen: China ist der größte Stahlproduzent der Welt. Mit seiner boomenden Bau- und Fertigungsindustrie konnte das Land einen Großteil des heimisch produzierten Stahls bislang absorbieren. Mit der Implosion des chinesischen Wohnungsmarktes führte die schwache Inlandsnachfrage jedoch dazu, dass das Reich der Mitte den Rest der Welt mit seinen Überschussmengen überschwemmt hat. Doch die besonders betroffenen Länder wie Südkorea, Vietnam oder die Türkei schlagen inzwischen zurück.

Aufgrund der schieren Größe der chinesischen Stahlindustrie, die im vergangenen Jahr rund 1 Milliarde Tonnen produzierte, können Schwankungen in der Inlandsnachfrage Schockwellen in der übrigen Welt auslösen. Chinas Netto-Stahlexporte erreichten im Oktober einen Rekordwert von 10,6 Millionen Tonnen. In den ersten zehn Monaten dieses Jahres lieferte China 92 Millionen Tonnen Stahl ins Ausland. Das

sind mehr als 10 Prozent der gesamten Stahlproduktion außerhalb Chinas oder mehr als die USA im gesamten Jahr 2023 produziert haben.

Der Großteil dieses billigen chinesischen Stahls geht in Entwicklungsländer, die noch dabei sind, ihre Infrastruktur oder ihre verarbeitende Industrie aufzubauen. Vietnam, das wichtigste Zielland für chinesische Stahlexporte, importierte in den ers-



Chinas Netto-Stahlexporte erreichten im Oktober 2024 einen neuen Rekordwert von 10,6 Millionen Tonnen. Foto: Shutterstock

ten zehn Monaten des Jahres 2024 rund 53 Prozent mehr Stahl aus China als im Vorjahr. Auch die Exporte nach Saudi-Arabien und in die Vereinigten Arabischen Emirate, die einen Bau-boom erleben, stiegen im Vergleich zum Vorjahr um fast 50 Prozent.

Chinesischer Stahl wurde in diesen Ländern – zumindest anfangs – willkommen geheißen, da die billigen Importe dazu beitrugen, die steigende Nachfrage zu befriedigen. Doch auch in einigen dieser Länder gibt es schon Gegenreaktionen. Vietnam hat im Juni Antidumpinguntersuchungen gegen einige chinesische Stahlprodukte eingeleitet. Südkorea, der zweitgrößte Importeur von chinesischem Stahl, hat eine ähnliche Untersuchung auf den Weg gebracht. Länder von Indien bis zur Türkei verhängen hohe Zölle auf chinesische Stahlimporte.

Generell sind Chinas Exporte im vergangenen Jahr stark gestiegen und haben dazu beigetragen, die Probleme im inländischen Wohnungsbau abzumindern. Doch die neuen Handelsmaßnahmen der Abnehmerländer könnten das Exportwachstum Chinas letztlich bremsen. So haben Europa und die USA bereits vor Trumps Zollattacke hohe Zölle auf chinesische Elektroautos erhoben. Viele chinesische Waren, die ihren Weg nicht in die USA finden, könnten in den Rest der Welt gelangen und weitere Gegenreaktionen auslösen, warnen Experten.

„Peking kann sich nicht mit Exporten aus der Misere ziehen“

China verzeichnete in den Jahren 2015 und 2016 einen ähnlichen Anstieg der Stahlexporte, als sich der chinesische Immobilienmarkt im Abschwung befand. Als er sich wieder erholte, absorbierte er erneut das gesamte Stahlangebot. Dieses Mal ist es unwahrscheinlich, dass Peking den Immobilienmarkt aggressiv ankurbeln wird, was bedeutet, dass es nicht zu einer ähnlichen Erholung der Nachfrage kommen wird. „Wenn Peking glaubt, dass es sich weiterhin mit Exporten aus der Misere ziehen kann, wird es sich neu orientieren müssen“, sind sich Experten einig. Jacky Wong, *The Wall Street Journal*



Marktbericht Aluminium

Nur Verpackungen laufen noch gut

Vor allem die Unternehmen der deutschen Aluminiumindustrie, die in die Automobilbranche liefern, kämpfen zunehmend mit Absatzeinbrüchen. Ihre Lage wird von einem Marktbeobachter als „ausgesprochen schwierig“ beschrieben. Der Ausblick für 2025 sieht eher düster aus. Lediglich der Absatz von Knetlegierungen und Walzbarren in die Verpackungsbranche läuft bislang noch gut. In der Halbzeugbranche wägt man derzeit ab, welche Auswirkungen die zum 1. Dezember angekündigte Abschaffung der chinesischen Exportsteuerreduzierungen für Aluminiumhalbzeuge haben könnte. Die Ankündigung Pekings hat die Aluminium-Notierungen an der London Metal Exchange in die Höhe getrieben.

Am Markt für Umschmelzblöcke sind die Preise etwas gestiegen, getrieben von steigenden Schrottpreisen. So kosten Standardblöcke 226D nun zwischen 2.180 und 2.250 Euro je Tonne (frei Werk geliefert). Die Schrottpreise sind in den vergangenen Wochen um 50 bis 100 Euro je Tonne gestiegen. Späne werden im Schnitt mit 1.350 Euro je Tonne (frei Werk geliefert) gehandelt, wobei auch bereits höhere Preise im Markt sind. Blanker Guss kostet durchschnittlich 2.000 Euro pro Tonne.

Das Verhältnis von Schrott- zu Blockpreisen hat sich damit nicht verändert, die Preise sind lediglich nach oben verschoben – und bleiben weiterhin kaum auskömmlich für die Umschmelzwerke. Diese haben trotz des Herausnehmens von Produktion viele freie Kapazitäten, die sie auszulasten versuchen. „Die Schmelzwerke suchen händeringend nach Auslastung und etwa 40 Betriebe in Europa konkurrieren um die wenigen Ausschreibungen“, berichtet ein Marktbeobachter.

Lage bei Volkswagen treibt viele um

Eine Frage, die viele derzeit umtreibt: Wie geht es bei Volkswagen weiter? Die Umschmelzer haben ihre Produktion auf ein Minimum zurückgefahren und dürften den Jahreswechsel nutzen, um verlängerte Wartungsarbeiten durchzuführen.

Schrott ist weiterhin gefragt, bleibt aber knapp, nachdem die Produkti-

on in Deutschland insgesamt zurückgegangen ist. Hinzu kommt derzeit auch, dass der stärkere US-Dollar Exporte in Richtung Asien wieder attraktiv macht, so dass offenbar größere Mengen nach Indien, Malaysia und China verschifft werden. „Der festere Dollar macht den Export von Schrotten interessant und dies hält die Schrottpreise auf hohem Niveau“, heißt es. Die zuletzt gesehene Ausfuhr von Umschmelzblöcken sei dagegen „nur ein kurzes Aufflackern“ gewesen.

Starker Dollar könnte Exporte begünstigen

Allerdings könnte auch in diesem Bereich der festere Dollar einen Ansporn für erneute Exportaktivitäten geben, so die Hoffnung. Denn in Japan beispielsweise kosten Blöcke aktuell 2.450 Dollar je Tonne. „Da könnten sich Exporte wieder durchaus lohnen“, verlautet aus dem Metallhandel. Allerdings sei die Nachfrage nach Blöcken bislang auch außerhalb Europas eher schwach.

Mit der Abschaffung des 13-prozentigen Rabatts auf Überseeverkäufe werden chinesische Aluminiumexporte voraussichtlich teurer. Nach der Ankündigung am 15. November waren die Aluminiumpreise an der LME bis auf fast 2.700 Dollar pro Tonne gestiegen. Seitdem sind sie aber wieder zurückgekommen. Der richtungweisende Dreimonatskontrakt notierte zuletzt bei 2.599 Dollar je Tonne.

Christine Büttner, Mark Krieger

Erzeugerpreise

Kupfer und Edelmetalle ziehen deutlich an

Die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte waren im Oktober um 1,1 Prozent niedriger als im Oktober 2023. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) weiter mitteilte, stiegen sie gegenüber dem Vormonat September um 0,2 Prozent. Hauptsächlich für den Rückgang gegenüber dem Vorjahresmonat waren erneut die Preisrückgänge bei Energie, die um 5,6 Prozent billiger war als im Oktober 2023.

Die Preise für Vorleistungsgüter waren im Oktober um 0,4 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Preissteigerungen gab es unter anderem bei Nadelschnittholz (+13,9 Prozent), Kunststoffverpackungen (+1,9 Prozent) sowie Kabeln und elektrischem Installationsmaterial (plus 1,7 Prozent). Metalle waren um 0,4 Prozent billiger als ein Jahr zuvor. Die Preise für warmgewalzten Flachstahl (-10 Prozent) und Stabstahl (-5,4 Prozent) lagen deutlich unter Vorjahr. Kupfer und Halbzeug daraus war dagegen 9,8 Prozent teurer als im Oktober 2023. Den größten Preissprung machten die Edelmetalle, die sich auf Jahressicht um fast 28 Prozent verteuerten.

Importpreise

Vorleistungsgüter im Oktober teurer

Die Importpreise waren im Oktober 2024 um 0,8 Prozent niedriger als im Oktober 2023. Im September 2024 hatte die Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahresmonat bei minus 1,3 Prozent gelegen, im August 2024 bei plus 0,2 Prozent. Laut dem Statistischen Bundesamt stiegen die Einfuhrpreise im Oktober 2024 gegenüber dem Vormonat September 2024 um 0,6 Prozent.

Die Preise für Vorleistungsgüter lagen um 0,2 Prozent höher als im Vorjahresmonat. Gegenüber dem Vormonat stiegen sie um 0,5 Prozent. Metalle verteuerten sich um 1,5 Prozent gegenüber dem Vormonat September 2024 (+3,9 Prozent ggb. Oktober

2023). Die höchsten Preissteigerungen gab es bei Edelmetallen, die sich im Vorjahresvergleich um 15,1 Prozent und auf Monatssicht um 8,0 Prozent verteuerten. Im Vorjahresvergleich waren vor allem Silber (+41,5 Prozent) und Gold (+36,3 Prozent) teurer.

NE-Metalle waren um 7,3 Prozent teurer als im Oktober 2023, gegenüber September 2024 betrug das Plus 2,3 Prozent. Die größten Steigerungen gab es bei Kupfer (+11,0/+3,1 Prozent) und Zinn (+21,6/+1,8 Prozent).

Dagegen verbilligten sich Roheisen, Stahl und Ferrolegierungen um 3,4 Prozent auf Jahres- und um 1,2 Prozent auf Monatssicht. Warmgewalzter Flachstahl war 9,9 Prozent billiger als im Oktober 2023, Kaltband dagegen 5,1 Prozent teurer als vor einem Jahr. Betonstahl verteuerte sich auf Jahressicht um 5,0 Prozent.

Kunststoffe in Primärformen waren im Vorjahresvergleich um 2,1 Prozent und auf Monatssicht um 1,1 Prozent günstiger. Kräftige Preisrückgänge wurden bei Polystyrol (-19,8/-12,3 Prozent) und Polycarbonat (-13,5/-5,0 Prozent) verzeichnet.

Die Preise für importiertes Holz waren im Oktober 2024 fast unverändert.

Verbraucherpreise

Inflation im November gestiegen

Die Inflationsrate in Deutschland hat im November leicht angezogen. Der Verbraucherpreisindex des Statistischen Bundesamtes legte nach bisher vorliegenden Ergebnissen um 2,2 Prozent gegenüber dem November 2023 zu. Im Vormonat Oktober 2024 hatte die Jahresveränderungsrate plus 2,0 Prozent betragen. Gegenüber Oktober 2024 stiegen die Verbraucherpreise um 0,2 Prozent. Die Inflationsrate ohne Nahrungsmittel und Energie, oftmals auch als Kerninflation bezeichnet, lag bei plus 3,0 Prozent. Die Warenpreise stiegen mit einer Jahresrate von 0,7 (0,4) Prozent, wobei die Energiepreise um 3,7 (-5,5) Prozent sanken. Dienstleistungen verteuerten sich unverändert um 4,0 Prozent.

Erzeugerpreise Oktober 2024 für ausgewählte Produkte (Basisjahr 2021)

Veränderung in Prozent gegenüber:

	Okt 2023	Sep 2024
Verpackungsmittel aus Holz	4,6	0,0
Papier und Pappe	2,9	-1,3
Verpackungsmittel aus Papier, Wellpappe	-0,3	0,3
Leichtes Heizöl	-22,7	4,9
Schweres Heizöl	-14,0	6,4
Flüssiggas	-22,8	4,9
Chemische Grundstoffe	-1,6	-0,2
Industriegase	-4,1	0,3
Farbstoffe und Pigmente	0,7	-1,3
Polyethylene	-4,6	-0,5
Polystyrole	-2,8	1,5
Synthetischer Kautschuk	0,3	0,1
Verpackungsmittel aus Kunststoffen	1,9	0,2
Roheisen, Stahl und Ferrolegierungen	-7,7	-1,2
Betonstahl	1,5	-2,4
Eisen- oder Stahlrohre	-3,3	-0,6
Kupfer und Kupferhalbzeug	9,8	2,7
Gießereierzeugnisse	2,3	0,2
Elektronische Bauelemente und Leiterplatten	-4,3	-0,8
Elektronisch integrierte Schaltungen	-7,8	-1,2
Akkus und Batterien	-0,9	-0,1
Werkzeugmaschinen	2,4	0,1
Elektrischer Strom	-7,3	0,5
Erdgas, bei Abgabe an die Industrie	-11,7	6,9
Nichtmetallische Sekundärrohstoffe	38,3	-5,1

Quelle: Statistisches Bundesamt

MBI EINKÄUFER IM MARKT

Kurse & Preise NE-Metalle vom 28.11.2024

Deutsche Händlerpreise (EUR/100kg, sofern nicht anders angegeben)

Ausgewählte Metalle	28.11.	27.11.
MBI Kupfer Benchmark	846,30-849,03	851,63-854,40
MK (Metallnotierung Kupfer)	983,81	989,23
Metallbasis Bronze 94/6	1172,00	1180,00
Messing MS 58 1.Verarb'stufe	---	---
Messing MS 58 2.Verarb'stufe	---	---
Messing MP 58	739,00	743,50
Messing MS 63	---	806,00-806,00
Metallbasis Messing 63/37	---	---
Zinn 99,9% loco Duisburg	2648,00	2713,00
Alu, 99,7% DDP Rhein-Ruhr-Freihafen	274,00	275,00
Alu, 99,7% DDU Rhein-Ruhr-Freihafen	271,73	273,30
Aluminium in Kabeln	295,78	296,94
Kupfer, hochgr. Kath., Kasse	848,00	853,00
Kupfer, hochgr. Kath., 3 Monate	858,00	863,00

Zinklegierung*	20.11.	13.11.
Zinklegierung Z 400/410, Basispreis	372,00	366,00

Messinglegierungen*	27.11.	20.11.
Rotguss RG 5	790,00-800,00	790,00-800,00
Rotguss RG 7	800,00-810,00	800,00-810,00
Rotguss RG 10	830,00-840,00	830,00-840,00
Gussbronze GBZ 10	860,00-870,00	860,00-870,00
Gussbronze GBZ 12	880,00-890,00	880,00-890,00
Gussbronze GBZ 14	900,00-910,00	900,00-910,00

Ferrolegierungen*	21.11.	14.11.
Molybdän Oxid Pulver (USD/lb)	21,30-21,60	21,80-22,10
Ferro-Molybdän 65 (USD/Kg)	50,40-50,90	51,30-51,80
LC Ferro-Chrom 0,10% (USD/lb)	1,98-2,03	1,98-2,03
Ferro-Vanadium 80 (USD/kg)	25,30-25,80	25,30-25,80
Ferro-Silizium 75 (EUR/t)	1250,00-1350,00	1200,00-1300,00
Ferro-Titan 70 (USD/kg)	6,20-6,40	6,40-6,60
Ferro-Wolfram 80 (USD/kg)	42,50-43,50	42,50-43,50
Ferro-Mangan carbure (EUR/t)	970,00-1000,00	970,00-1000,00
Ferro-Mangan Metall (USD/t)	1930,00-1980,00	1930,00-1980,00

Alu-Gussleg. frei Verbraucher (3t)	27.11.	20.11.
Nr. 226	322,00-332,00	322,00-332,00
Nr. 231	330,00-340,00	330,00-340,00
Nr. 233	339,00-349,00	339,00-349,00

NE-Metall-Schrotte*	27.11.	20.11.
Kabul (Milberry)	810,00-815,00	810,00-815,00
Kasus (Granulat I)	815,00-820,00	815,00-820,00
Katze (Granulat II)	785,00-790,00	785,00-790,00
Kader (Berry)	770,00-775,00	770,00-775,00
Kupferdraht (Kanal)	770,00-775,00	770,00-775,00
Schwerkupfer (Keule)	750,00-755,00	750,00-755,00
Leichtkupfer (Klima)	730,00-735,00	730,00-735,00
Schwermessing (Milbe)	445,00-450,00	445,00-450,00
Leichtmessing (Modus)	425,00-430,00	425,00-430,00
Rotguss-Schrott 1.Qu. (Radar)	675,00-680,00	675,00-680,00
Rotguss-Schrott 2.Qu. (Rampe)	655,00-660,00	655,00-660,00
Umschmelzzink	220,00-225,00	215,00-220,00
Altzink	190,00-195,00	185,00-190,00
Messingstangenspäne MS58 (Maler)	530,00-535,00	530,00-535,00
Messingblechabfälle MS 63 (Magda)	580,00-585,00	575,00-580,00
Chromstahl	32,00-37,00	32,00-37,00

Chromnickelstahlabf. V-II a	100,00-105,00	100,00-105,00
Chromnickelstahlabf. V-IV a	205,00-210,00	205,00-210,00
Altblei (Paket)	160,00-165,00	160,00-165,00
Akkublei (in Kästen)	57,00-62,00	57,00-62,00

Aluminiumschrott	27.11.	20.11.
Alu, neu, Cu-am	155,00-160,00	155,00-160,00
Reinaluminiumdraht	240,00-245,00	240,00-245,00
Gusschrott, max. 2% FE	125,00-130,00	125,00-130,00
Alu-Blechabf. max. 5%	115,00-120,00	115,00-120,00
Alu-Späne Toleranz 5%	100,00-105,00	100,00-105,00
Alu-Profilabf., AlMgSi 0,5	240,00-245,00	240,00-245,00



Stahl – NE-Metalle – Kunststoffe – Energie

www.matflixx.de

✉ service@matflixx.de

☎ +49 (0) 69 271 07 60 11

LME-Notierungen (EUR/100kg)*	28.11.	27.11.
Aluminium HG, Kasse	243,05-243,15	244,75-244,80
Aluminium HG, 3 Monate	244,81-244,86	247,55-247,60
Aluminium Alloy, Kasse	212,52-213,47	212,79-213,74
Aluminium Alloy, 3 Monate	212,90-213,85	213,26-214,21
Blei, Kasse	192,60-192,79	190,94-191,03
Blei, 3 Monate	195,35-195,45	193,79-193,98
Kupfer, Kasse	839,26-839,31	845,16-845,21
Kupfer, 3 Monate	850,92-851,02	856,27-856,37
Nickel, Kasse	1498,34-1498,81	1488,55-1489,03
Nickel, 3 Monate	1520,15-1520,63	1505,65-1506,13
Zink SHG, Kasse	288,72-288,76	295,15-295,19
Zink SHG, 3 Monate	288,67-288,86	294,77-294,81
Zinn HG, Kasse	2586,53-2588,90	2664,58-2665,53
Zinn HG, 3 Monate	2605,50-2607,87	2674,55-2675,50
Kobalt, Kasse	2256,99-2304,41	2260,85-2308,35
Kobalt, 3 Monate	2256,99-2304,41	2260,85-2308,35

*Umrechnung der US-Dollarpreise auf Basis des offiziellen LME-Umrechnungskurses

Edelmetalle	28.11.	27.11.
Gold **), (EUR/kg fein)	84930,00	85400,00
Gold, verarbeitet **), (EUR/kg fein)	88950,00	89450,00
Silber **), (EUR/kg fein)	1008,50	1010,50
Silber, verarbeitet **), (EUR/kg fein)	1083,20	1085,30
Platin, verarb. (EUR/g fein)	31,93	32,07
Palladium, verarb. (EUR/g fein)	33,30	33,28
Iridium, verarb. (EUR/kg fein)	170960,00	171290,00
Rhodium, verarb. (EUR/kg fein)	167930,00	168250,00
Ruthenium, verarb. (EUR/kg fein)	18960,00	19000,00

**) Basis Londoner Fixing / Preise von W. C. Heraeus GmbH

* wöchentlich erfasste deutsche Händler Preise. Es handelt sich hierbei um die aktuellsten verfügbaren Preise aus den vergangenen sieben Tagen.